

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 23/81

Berlin

4. Juni 1981

48. Jahrgang

Seeblatt

Entwicklungspolitik weltweit in der Flaute?

Die bis Ende dieses Jahrzehnts reichende „Dritte Entwicklungsdekade“ der Vereinten Nationen begann für die Entwicklungsländer mit einer hoffnungsvollen Perspektive. Die Wirtschaftslage der OECD-Länder hatte sich 1979 gebessert, die Tendenz zu mehr Protektionismus schien nachzulassen und der Nord-Süd-Dialog voranzukommen. Der Bericht der Brandt-Kommission lieferte eine umfassende Bestandsaufnahme, Hinweise auf besondere Probleme und Vorschläge für die politische Umsetzung eines Katalogs von Maßnahmen.

Während aber im Rahmen der Formulierung der „Internationalen Entwicklungsstrategie“ für die achtziger Jahre in der UNO noch neue Konzepte diskutiert und eine kräftige Aufstockung des Ressourcentransfers gefordert wurde, zeigte sich im weiteren Verlauf des Jahres 1980, daß Ausmaß und Fernwirkungen der zweiten Ölpreisexplosion grob unterschätzt worden waren. In hohem Maße wurden die Devisenerlöse der Verbraucherländer aus dem Güterexport für die Bezahlung notwendiger Ölimporte beansprucht. Dies traf Entwicklungsländer in der Regel härter als Industrieländer. Die rezessiven Tendenzen in den Industrieländern trugen zudem zu budgetären Engpässen bei, die nicht ohne Folgen für die Leistungsfähigkeit im Bereich der Entwicklungsländer blieben.

Anstieg der Verschuldung nach dem Ölschock

Nach der ersten Ölpreisschleife mußten vor allem die vom Ölimport abhängigen Entwicklungsländer in steigendem Maße auf Finanzierungsmittel der übrigen Welt zurückgreifen. Von 1973 bis 1979 haben sich ihre Leistungsbilanzdefizite etwa verfünffacht; der Saldo für 1980 dürfte bei etwa 70 Mrd. \$ gelegen haben. Kapitalmarktmittel standen aber in beträchtlichem Umfang zur Verfügung, weil die international tätigen Geschäftsbanken bei der Rückschleusung der Ölgelder elastisch reagierten. Damit erhöhte sich der Anteil der Mittel zu marktgerechten, nicht subventionierten Konditionen kräftig. Unvermeidbare Folge war eine drastische Zunahme der Verschuldung¹. Die mittel- und langfristigen Auslandsverpflichtungen aller Nicht-Öl-Entwicklungsländer waren Ende 1980 nahezu viermal so hoch wie 1973, und der Schuldendienst stieg

in der gleichen Zeit sogar auf fast den fünffachen Betrag.

Um diese wachsende Belastung der Zukunft durch Kredite zu harten Konditionen in Grenzen zu halten, war es für die Entwicklungsländer — insbesondere die schwächeren unter ihnen — wichtig, mehr öffentliche Entwicklungshilfe zu erhalten. Dies gelang auch in beträchtlichem Maße. Doch trotz erheblicher Zunahme in absoluten Beträgen ging der Anteil dieser vergünstigten Mittel, der zu Beginn der Dekade noch gut 40 vH betragen hatte, bis Ende des Jahrzehnts auf etwa 30 vH zurück².

¹ Siehe S. Schultz: Zur Verschuldungslage der Dritten Welt. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1981 (erscheint im Juni 1981).

² OECD, Development Co-operation („Chairman's Report“), 1980 Review, Paris 1980. — Soweit nicht anders angegeben, lag diese Quelle auch den nachfolgend benutzten OECD-Daten zugrunde.

Aufwendungen für Erdölimporte in Relation zu den Erlösen aus dem Warenexport in ausgewählten Ländern¹

Jahre Erdölimport in vH des Warenexports ²⁾	1 9 7 3		1 9 7 9 ³⁾	
	Industrielländer	Entwicklungsländer	Industrielländer	Entwicklungsländer
50 und mehr				Türkei
40 bis unter 50				Obervolta Togo
30 bis unter 40		Obervolta	Japan USA	Fidschi Tansania Singapur
20 bis unter 30		Fidschi	Finnland Dänemark Schweden Italien Island	Mauretanien Jamaika Zypern Sudan Äthiopien Jugoslawien Sierra Leone Gambia
10 bis unter 20	Japan Italien Vereinigtes Königreich Dänemark Finnland Niederlande USA	Jamaika Singapur Türkei Zypern Tansania Jugoslawien	Frankreich Bundesrepublik Dt. Irland Niederlande Schweiz Vereinigtes Königreich Österreich Belgien	Mauritius Malawi Costa Rica Honduras Burundi
unter 10	Frankreich Island Schweden Bundesrepublik Dt. Schweiz Irland Österreich Belgien Kanada Australien	Honduras Malawi Mauritius Äthiopien Gambia Togo Sierra Leone Sudan Burundi Costa Rica Mauretanien	Australien Kanada	

1) Aufgeführt wurden Länder, über die für beide Stichjahre Informationen vorlagen.- 2) Die Reihenfolge der Länder in einer Gruppe folgt der Höhe der Quote.- 3) Für Jamaika, Jugoslawien, Sierra Leone und Sudan ersatzweise 1978.
Quelle: IMF, International Financial Statistics, verschiedene Jahrgänge (Magnetbänder).

Der gesamte Strom an vergünstigter Entwicklungshilfe belief sich 1979 — im letzten Jahr, für das bislang umfassende Informationen vorliegen — netto auf rd. 28 Mrd. \$. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um nominal rund 15 vH bzw. etwas über 5 vH in konstanten Preisen. Gut drei Viertel des Zuflusses stammten aus den westlichen Industrieländern. Der Anteil der OPEC-Länder dagegen, der nach der ersten Ölkrise knapp ein Viertel betragen hatte, ist auf ein Sechstel zurückgefallen, und die RGW-Länder haben seit mehreren Jahren lediglich zu etwa 6 vH zur vergünstigten Hilfe beigetragen³.

Westliche Industrieländer: Wenig neue Mittel, schnellerer Abfluß geplant

In dieser Lage kommt der Entwicklung der Leistungen der westlichen Industrieländer besondere

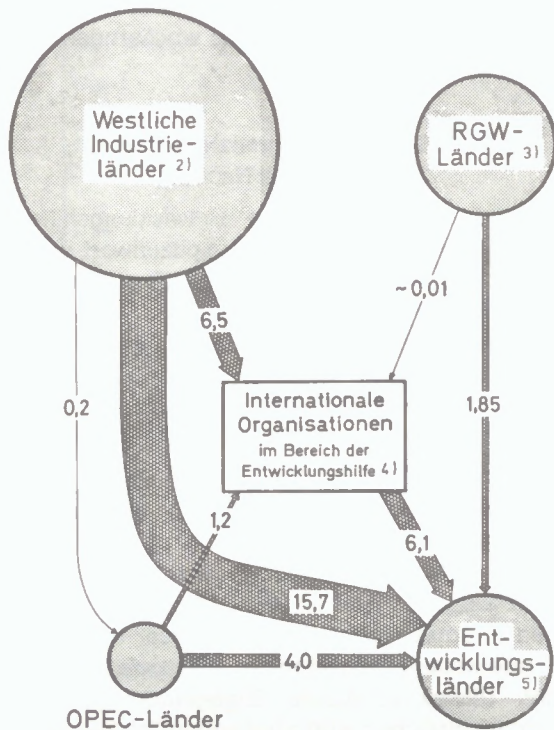
Bedeutung zu. Der absolute Betrag ihrer Entwicklungshilfe hat trotz schwieriger Wirtschaftslage und finanzieller Engpässe seit 1973 erheblich zugenommen. Im mehrjährigen Durchschnitt lag die Steigerung immerhin bei 5 vH real (1979: 3 vH). In Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt veränderte sich die Höhe der Entwicklungshilfezahlungen 1979 gegenüber 1978 jedoch nicht. Das DAC⁴-Sekretariat rechnet wohl recht optimistisch damit, daß diese Quote von 0,35 vH auch in den nächsten Jahren annähernd gleich bleiben wird. Das früher einmal für 1985 angestrebte Ziel von 0,7 vH wird jedenfalls nicht mehr erreicht werden. „Im Bereich der öffentlichen Ent-

³ Weitere 0,1 Mrd. \$ flossen 1979 von sonstigen Gebern zu. Aus der Dritten Welt zählen dazu: Spanien, VR China, Mexiko, Indien, Jugoslawien und Israel.

⁴ Entwicklungshilfe-Ausschuß von 17 Mitgliedsländern der OECD.

HERKUNFT DER VON DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN 1979 EMPFANGENEN ENTWICKLUNGSHILFE ¹⁾

Nettoauszahlungen Mrd. US-\$



¹⁾ Die Kreisflächen der Ländergruppen spiegeln die Höhe des gemeinsamen Bruttosozialprodukts wider; die Stärke der Pfeile drückt das Volumen der multilateralen Beiträge bzw. des Mittelzuflusses auf Seiten der Entwicklungsländer aus. — ²⁾ 17 Mitgliedsländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD. — ³⁾ Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ohne Albanien, Kuba, Mongolei und Vietnam. — ⁴⁾ Die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben ist auf Unterschiede der Abgrenzung aus Geber- und Empfängerperspektive sowie auf Verwaltungskosten zurückzuführen. — ⁵⁾ Europäische und außereuropäische Entwicklungsländer sowie aus der OPEC-Gruppe Indonesien und Nigeria. 0,1 Mrd. \$ flossen zusätzlich von sonstigen Gebern zu.

Quellen: OECD, Development Co-operation, 1980 Review, Paris 1980; OECD, Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries, Paris 1980; IMF, International Financial Statistics, Heft 4/1981; DIW-Schätzungen.

DIW 81

wicklungshilfe ist das Gesamtergebnis, das die DAC-Mitglieder vorzuweisen haben, nach ihren eigenen, gemeinsam aufgestellten Normen kläglich“⁵.

Unter den westlichen Industrieländern haben die USA 1979 wiederum als Geber an Gewicht eingebüßt, sind aber mit einer Quote von rd. 21 vH (1978: 28 vH) immer noch führend, gefolgt von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, die nahezu gleichauf liegen. Die USA leisteten vor allem deshalb weniger, weil der Kongreß die Beiträge an multilaterale Stellen schleppend bewilligt hatte. Dieser Einbruch konnte 1979 durch die Anhebung der Nettoauszahlungen der Bundesrepublik in Höhe von 1 Mrd. \$ kompensiert werden. Aber auch Frankreich und Japan haben ihren Beitrag nennenswert gesteigert. Es meh-

ren sich allerdings aus einigen Ländern die Signale, die mit Hinweis auf die eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation auf eine künftig restriktive Vergabepolitik hindeuten.

Über ihre künftigen Entwicklungshilfeleistungen hat eine Reihe von DAC-Mitgliedern Aussagen gemacht, die zwar in der Meßgröße und dem Zeithorizont nicht völlig übereinstimmen, aber Tendenzen⁶ skizzieren: Die langjährigen entwicklungspolitischen „Vorreiter“ (Schweden, Norwegen und die Niederlande; BSP-Anteil 0,93 vH) wollen ihre Leistungen mindestens im Tempo ihres nominalen Sozialproduktwachstums steigern; freilich kann nicht ausgeschlossen werden, daß auch hier die Wirtschaftsrezession die Leistungsbereitschaft tangieren wird. Einige Länder wollen zwar versuchen, ihre öffentliche Entwicklungshilfe merklich zu steigern (z. B. Belgien, Italien, die Schweiz und Finnland); die Gesamtleistungen der DAC-Länder werden dadurch jedoch nicht erheblich zunehmen. Bei den volumenstarken Ländern finden sich einerseits „Expansionisten“ wie die Bundesrepublik und Japan. Auch Frankreich unterhält seit Jahren ein umfangreiches Hilfeprogramm und bestätigte (im September 1980) erneut sein Bekenntnis zum 0,7 vH-Ziel. Die bisherigen Äußerungen des neuen französischen Präsidenten deuten in dieser Hinsicht keinen Kurswechsel an. Andererseits ist im Falle Großbritanniens nach den Plänen der konservativen Regierung mindestens bis 1983 mit einem realen Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe zu rechnen. In die gleiche Richtung weisen die bisherigen Verlautbarungen der neuen US-Administration. Der nunmehr vom Kongreß beschlossene, verkürzte Finanzrahmen und die Absicht der Regierung zu stärkerem Engagement im Bereich der Militärausgaben lassen weniger Raum für zivile Auslandshilfe. So werden selbst die Mittel für das bilaterale Hilfeprogramm beschnitten und die Einzahlungen für Kapitalerhöhungen z. B. bei der Weltbank zeitlich gestreckt. Generell scheinen die Stimmen wieder die Oberhand zu gewinnen, die das Verhältnis zur Dritten Welt nur als Teil des Ost-West-Konflikts begreifen. Es ist nicht auszuschließen, daß diese Denkweise auch in anderen Geberländern Platz greift.

Der Trend in den meisten Industrieländern geht dahin, bei im wesentlichen stagnierenden Haushaltsansätzen für Entwicklungshilfe den Akzent auf eine effizientere Abwicklung zu legen. Dazu zählen — dem Wunsch vieler Partnerländer entsprechend — länger-

⁵ Einschätzung des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe. OECD, Development Co-operation, 1979 Review, Paris 1979; zitiert nach der deutschen Ausgabe, S. 89.

⁶ Vgl. „Tendenzen der Entwicklungspolitik der westlichen Industrieländer“, DIW-Forschungsbericht, Berlin 1981. Die Studie entstand im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und ist dort erhältlich.

Gesamtbetrag der von den Entwicklungsländern empfangenen finanziellen Leistungen¹ nach Art und Herkunft

	1970	1974	1978	1979
- in Mrd. US-\$ -				
Empfangene Gesamtleistungen	19,1	33,9	79,6	81,0
Öffentliche Entwicklungshilfe	8,1	14,9	23,5	28,0
- Struktur in vH -				
Multilaterale Leistungen	13,6	19,5	25,5	(21,8)
Bilaterale Leistungen:				
- DAC ² -Länder	70,4	55,0	55,7	56,8
- OPEC ³ -Länder	3,7	20,1	12,8	14,3
RGW ⁴ -Länder	12,3	5,4	5,5	6,8
Sonstige Geber	-	-	0,5	0,3
- in Mrd. US-\$ -				
Leistungen zu marktüblichen Bedingungen	11,0	19,0	56,1	53,0
- Struktur in vH -				
Multilaterale Leistungen	6,4	9,5	6,1	(7,9)
Bilaterale Leistungen:				
- DAC-Länder:				
Direktinvestitionen	33,6	5,8	19,8	25,5
Bankkredite	27,3	52,6	40,1	31,5
Schuldverschreibungen	2,7	1,6	5,3	(5,7)
Priv. Exportkredite	20,0	13,2	17,8	17,7
Öffentl. Exportkredite	4,6	4,2	5,3	2,8
- OPEC-Länder ⁵)	1,8	4,7	1,8	(1,5)
RGW-Länder	0,9	0,5	0,2	(0,2)
Sonstige Geber	2,7	7,9	3,6	(7,2)

1) Nettobeträge zu laufenden Preisen.- 2) Development Assistance Committee der OECD.- 3) Organization of the Petroleum Exporting Countries.- 4) Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.- 5) Nur öffentliche Leistungen; über die privaten Leistungen liegen keine Angaben vor.- (): Vorläufig.

Quelle: OECD, Development Co-operation, 1980 Review, Paris 1980.

fristige Zusagen sowie organisatorische Maßnahmen im Bereich der Mittelvergabe (z. B. mehr Abstimmung der Geber untereinander, größere Kompetenzen der Projektleiter vor Ort, stärkere Beteiligung nicht-staatlicher Organisationen). So wird heute schärfer gesehen, daß nicht zuletzt die Vergabemodalitäten zu dem Stau zwar zugesagter, aber nicht abgeflossener Mittel („pipeline“-Problem) beitragen. Im Wege verstärkter Übernahme von Kosten, die in Landeswährung anfallen, und einer flexibleren Vergabepaxis (mehr Programm- statt Projekthilfe) sollen der Abfluß zugesagter Mittel beschleunigt und insgesamt der Transfer von Ressourcen erhöht werden. Allerdings ist man hier über Absichtserklärungen kaum hinausgekommen.

Wachsende Bedeutung wird voraussichtlich das Instrument des Mischkredits erlangen, weil Absatz- und Beschäftigungsprobleme einige Geberländer künftig noch stärker veranlassen werden, Teile ihrer

öffentlichen, weich konditionierten Mittel zur faktischen Verbilligung privater Ausfuhrkredite einzusetzen und ihrer Exportwirtschaft damit auf den Auslandsmärkten einen Konkurrenzvorteil zu verschaffen. Dieser mit „gemeinsame Interessen“⁷ umschriebene Trend zur Kommerzialisierung der Entwicklungshilfe ist das Komplement zum bereits wuchernden Importprotektionismus.

OPEC-Länder: Begrenzte Solidarität, Akzent auf Nahost

Mit 5,2 Mrd. \$ blieb die Entwicklungshilfe der OPEC-Länder⁸ 1979 unter dem Spitzenwert von 1977 (5,8 Mrd. \$). Wegen des fast vollständigen Ausfalls der iranischen Leistungen dürfte der Wert für 1980 wiederum etwas niedriger gewesen sein. Seit Jahren führt Saudi-Arabien die Liste der OPEC-Länder an, danach folgen die Vereinigten Arabischen Emirate, neuerdings abgelöst von Kuwait.

Von dem Rückgang der Beiträge an multilaterale Stellen waren insbesondere OPEC- bzw. arabische Fonds (1978/79: Reduzierung von zwei Dritteln auf kaum die Hälfte), aber auch Entwicklungsbanken betroffen. Dagegen wurden mehr Mittel an die traditionellen internationalen Organisationen, insbesondere die International Development Association, gezahlt⁹. Dieses verstärkte Engagement bei „klassischen“ Institutionen wird aber vermutlich nur vorübergehend sein, da der OPEC-Sonderfonds 1980 zu einem „Fonds für Internationale Entwicklung“ erweitert wurde, der nunmehr ständig Entwicklungshilfearbeiten übernehmen und dafür mit einer größeren Kapitalbasis ausgestattet werden soll. Die Auszahlungen weich konditionierter Kredite aus reinen OPEC-Fonds sanken seit dem Boykott Ägyptens (Ende 1978 als Folge des Camp David-Übereinkommens) von knapp 1 Mrd. \$ auf kaum 0,3 Mrd. \$. Auch in dem bilateralen Programm (1979: gut 4 Mrd. \$) fiel Ägypten stark zurück. Davon profitierten vor allem die anderen „Frontstaaten“, Syrien und Jordanien¹⁰. Insgesamt dominieren bei der Regionalverteilung arabische und islamische Empfängerstaaten. Die wichtigsten nicht-arabischen Empfängerländer, Indien und Pakistan, büßen

⁷ Jahresbericht des DAC-Vorsitzenden 1979, op. cit., S. 248.

⁸ Mitgliedsländer der Organization of the Petroleum Exporting Countries (Algerien, Ecuador, Indonesien, Iran, Irak, Gabun, Kuwait, Libyen, Nigeria, Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Venezuela). Als Geber treten Ecuador, Indonesien und Gabun nicht nennenswert in Erscheinung.

⁹ Mit einer Quotenerhöhung rückte Saudi-Arabien (vor Kanada und Italien) auf Platz sechs der IMF-Mitgliedsländer vor (Handelsblatt vom 6. 5. 1981).

¹⁰ OECD, Flows of Resources from OPEC Members to Developing Countries 1976–1978, DCD/79.31, Paris 1979 sowie OECD, Development Co-operation, 1980 Review, Paris 1980.

Rangfolge von zehn Geberländern: Öffentliche Entwicklungshilfe¹ in Relation zum Bruttosozialprodukt

Rang	1975		1976		1977		1978		1979	
1	Katar	15,6	VAE ²⁾	11,0	Kuwait	10,2	Kuwait	6,4	Katar	5,6
2	VAE	14,1	Saudi-Arabien	8,7	VAE	9,6	VAE	5,6	VAE	5,4
3	Saudi-Arabien	9,6	Katar	8,0	Katar	7,9	Katar	3,7	Kuwait	5,1
4	Kuwait	8,1	Kuwait	4,5	Saudi-Arabien	6,1	Saudi-Arabien	2,8	Saudi-Arabien	3,1
5	Libyen	2,3	Irak	1,4	Schweden	1,0	Libyen	0,9	Irak	2,9
6	Irak	1,7	Iran	1,2	Niederlande	0,9	Norwegen/ Schweden	0,9	Schweden	0,9
7	Iran	1,1	Niederlande	0,8	Norwegen	0,8	Niederlande	0,8	Niederlande/ Norwegen	0,9
8	Schweden	0,8	Schweden	0,8	Libyen	0,7	Irak	0,8	Dänemark	0,8
9	Niederlande	0,8	Norwegen	0,7	Dänemark/ Frankreich	0,6	Dänemark	0,8	Frankreich	0,6
10	Norwegen	0,7	Libyen	0,6	Kanada	0,5	Frankreich	0,6	Libyen	0,6

1) Nettoauszahlungen.- 2) Vereinigte Arabische Emirate.

Quelle: OECD, Development Co-operation, 1980 Review, Paris 1980.

seit 1976 (zusammen 29 vH) stetig an Bedeutung ein (1979: zusammen 2 vH)¹¹.

Die Anzeichen für die künftige Entwicklung der OPEC-Hilfe sind widersprüchlich. Einerseits kündigt ein starker Rückgang der Zusagen im Jahre 1979 eine Verringerung des Stroms vergünstigter Mittel an. Andererseits beginnt der relativ gut ausgestattete „Fonds für Internationale Entwicklung“ seine Tätigkeit erst aufzunehmen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit läßt sich aber annehmen, daß es nach den jüngsten Ölpreissteigerungen keine Parallele zu der erheblichen Anhebung der Entwicklungshilfeleistungen im Gefolge des Preisschubs von 1973 geben wird und daß bestenfalls das erreichte Niveau auf mittlere Sicht real erhalten bleibt. Zwar dürfte die regionale Streuung der OPEC-Hilfe im Laufe der Zeit größer werden, um die aufkeimende Kritik an der Preispolitik zu dämpfen und um die Position der OPEC-Länder in der „Gruppe der 77“¹² zu stärken. Aber die Hoffnungen von Ölimporteuren, dieser Finanzstrom werde in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung des Ölpreises zunehmen, wurden durch eindeutige OPEC-Stellungnahmen zunichte gemacht¹³:

- Steigende Ölpreise seien kein Grund für eine Kompensation durch verstärkte Entwicklungshilfe; kein Verkäufer könne regelmäßig einige Kunden bei jeder Preisanhebung entschädigen. Allenfalls könnte im Einzelfall bei großen Härten lindernd eingegriffen werden¹⁴.
- Nicht alle OPEC-Mitglieder hätten finanzielle Überschüsse. Einige von ihnen (Algerien, Indonesien,

Venezuela, Iran, Nigeria und Ecuador) hätten sogar beträchtliche Auslandsschulden.

- Überschüsse in der Leistungsbilanz seien unter den gegebenen Umständen die unvermeidliche Folge einer verantwortungsbewußten Politik gegenüber den Ölkonsumenten, aus der keine Verpflichtung zu anderweitigen Leistungen abgeleitet werden könne. Die Überschüsse stammten aus dem Verkauf von erschöpfbaren Ressourcen und könnten nicht der Wertschöpfung in Industrieländern gleichgestellt werden.
- Die Rangliste der Entwicklungshilfeleistungen werde, bezogen auf das Sozialprodukt, seit Jahren von OPEC-Mitgliedern angeführt; sie leisteten bereits jetzt weit mehr als andere Geber (BSP-Anteil als Gruppe 1979: ca. 1,4 vH).

¹¹ Der Anteil nicht-arabischer Geber an der OPEC-Hilfe (Nigeria und Venezuela) überschritt seit 1975 nie 4 vH.

¹² Die „Gruppe der 77“ existiert seit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD-I) in Genf 1964; inzwischen gehören dieser Gruppe rund 120 Entwicklungsländer an.

¹³ I. F. I. Shihata / R. Mabro, The OPEC Aid Record, in: World Development, Bd. 7, Nr. 2 (Febr. 1979); Shihata, Die Organisation der Erdöl-Exportländer als Gruppe von Geberländern, in: Europa-Archiv, Folge 5/1981; ders., The OPEC Fund for International Development, in: Third World Quarterly, Bd. 3, Nr. 2 (April 1981); OPEC Bulletin, Bd. XI, Nr. 20 (Nov. 1980).

¹⁴ Als Ansätze in dieser Richtung können die Vorzugskonditionen gewertet werden, die vor allem der Irak im Rahmen von Ölverkäufen für einen kreditierten Teil des Kaufpreises gewährt hat sowie die Vorzugspreise, die Venezuela (zusammen mit Mexiko) einigen zentralamerikanischen Staaten einzuräumen bereit ist.

- Die OPEC-Länder seien trotz des monetären Wohlstands nach den gängigen Wirtschafts- und Sozialindikatoren in einem frühen Entwicklungsstadium. Bei zunehmender Absorptionsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften werde die eigene Entwicklung Vorrang haben.

RGW-Länder: Geringes Niveau, kaum Steigerung in Aussicht

Die Entwicklungshilfe der osteuropäischen Länder und der UdSSR wird in östlichen Quellen nur unvollständig dokumentiert. Nach OECD-Schätzungen haben die – fast ausschließlich bilateral vergebenen – Nettoleistungen an Empfängerländer außerhalb der eigenen politischen Gruppierung erstmals 1979 0,5 Mrd. \$ überschritten. Unter Einschluß der beträchtlichen Hilfe für Kuba und Vietnam lag dieser Wert für die zurückliegende Dekade im Durchschnitt bei 1,2 Mrd. \$ jährlich. Für 1979 wird er auf 1,85 Mrd. \$ geschätzt. Nach etwas anders abgegrenzten Zeitreihen einer amerikanischen Quelle¹⁵ sind die Auszahlungen nach einem Spitzenwert im Jahre 1977 derzeit wieder rückläufig. Mit ca. 70 vH bestreitet die UdSSR regelmäßig den Hauptteil der gesamten RGW-Hilfe. Diese beläuft sich, ausgedrückt als Quote am BSP, unter Einschluß der blockinternen Hilfe auf etwa 0,1 vH.

Legt man das Verhalten der „Gruppe der 77“ auf den letzten UNCTAD-Konferenzen zugrunde, werden sich die RGW-Länder in Zukunft verstärkt der Forderung gegenübersehen, daß zumindest die Industrieländer unter ihnen ebenso wie die des Westens mehr Verantwortung im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen übernehmen sollen. Es wird im Laufe der Zeit schwieriger werden, diese Forderung stereotyp mit dem Argument abzuweisen, die sozialistischen Länder seien für die ökonomischen Folgen des Kolonialismus und die Verfassung einiger Rohstoffmärkte nicht verantwortlich. Allerdings sind in den meisten RGW-Ländern der Investitionsbedarf, die Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich der Steigerung des Lebensstandards und die Priorität für Rüstung so hoch, daß nur schwer zusätzliche Mittel für die Entwicklungshilfe abgezweigt werden können.

Perspektiven für die laufende Dekade

Ohne Zweifel werden es die Länder der Dritten Welt selbst sein, die die größten Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Leistungsbilanzdefizite einzudämmen. Strukturelle Anpassung, wo immer möglich, um Importe an Erdöl und Nahrungsmitteln einzusparen sowie – gegebenenfalls in Kooperation mit dem Ausland – die Suche und Nutzung energetischer Rohstoffe im eigenen Land sind unerläßliche Voraussetzung für eine Verbesserung der Lage. Ein

wichtiger Beitrag des „Nordens“ wäre die Eindämmung des Protektionismus gegenüber den Produkten der Dritten Welt. Wegen stagnierender Wirtschaftstätigkeit und massiver Arbeitslosigkeit auch in Industrieländern hat diese handelspolitische Option gegenwärtig jedoch kaum Aussicht auf Verwirklichung. So bekräftigten die OECD-Staaten auf der Minister rats tagung vom Juni 1980 lediglich die „Entschlossenheit, den Bedürfnissen der Entwicklungsländer in der kommenden schweren Zeit aufgeschlossen gegenüberzustehen“ und „ein liberales Welthandelssystem zu unterstützen“.

Weil im Bereich des Handels auf absehbare Zeit keine weitere Öffnung der Märkte zu erwarten ist, konzentrieren sich die Hoffnungen der Dritten Welt um so stärker auf mehr Ressourcentransfer zu günstigen Bedingungen, d. h. auf die eigentliche Entwicklungshilfe. Doch besteht nicht viel Aussicht auf substantielle Fortschritte im Hilfeprogramm der westlichen Industrieländer. Die Kürzungspläne der neuen amerikanischen Regierung für die Haushaltsermächtigungen im Bereich der Auslandshilfe reichen derzeit bis 1986. Zugunsten einer Ausweitung von „International Security Assistance“ sind die bilaterale Entwicklungshilfe und die Zuweisungen an internationale Organisationen am stärksten von dem Bremskurs betroffen. Es ist zu befürchten, daß diese Einschränkungen bei dem größten Geberland nicht dadurch kompensiert werden können, daß andere Industrieländer ihre Etats entsprechend aufstocken. Für die Bundesrepublik gilt trotz der stark angespannten Haushaltslage immer noch der Kabinettsbeschluß von 1979, daß die öffentliche Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren wenigstens doppelt so stark steigen soll wie die Gesamtausgaben; dies wurde noch für den Haushalt 1981 bestätigt.

Gemessen am 0,7 vH-Ziel wird die Entwicklungshilfe der westlichen Industrieländer wohl auch künftig enttäuschend bleiben. Außer der skandinavischen Gruppe (ohne Finnland) und den Niederlanden – diese Länder liegen schon heute darüber – könnten Frankreich und Belgien die Marke erreichen. Der DAC-Durchschnitt wird sich dadurch jedoch nur unwesentlich erhöhen; nach Einschätzung der Weltbank¹⁶ wird er selbst unter günstigen Voraussetzungen („high scenario“) 1990 auf der heutigen Höhe verharren. Es stellt sich damit die Frage nach der Bedeutung dieses Richtsatzes: Nicht seinetwegen erhöhen einige Regierungen die Haushaltsansätze, andere kürzen die Budgets trotz seiner Existenz. Doch die völlige Aufgabe des Richtsatzes könnte ein Alibi für weitere

¹⁵ US-State Department, National Foreign Assessment Center, Handbook of Economic Statistics 1980, Washington, D. C.

¹⁶ World Development Report 1980.

Kürzungen sein. Entscheidend ist offenbar die jeweilige Motivation für Entwicklungshilfe bzw. der nationale Nutzen, den sie stiftet. Weil Hilfe für die Dritte Welt auch der Absatzförderung und Markterschließung dient, sind jene Länder besonders gefordert und sollten auch am ehesten dazu bereit sein, ihre Hilfsfonds aufzustocken, die im Wege der Exportstabilisierung ökonomische Vorteile aus der Entwicklungszusammenarbeit ziehen.

Für die OPEC-Länder spielt die Absatzförderung keine Rolle. Doch steigendes weltwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein einiger OPEC-Mitglieder,

wie es wiederholt bei Preisverhandlungen innerhalb des Kartells zum Ausdruck kam, läßt hoffen, daß diese Haltung auch zu Konzessionen gegenüber anderen Entwicklungsländern führt. Nicht zuletzt dürfte es für einige Ölländer ein politisches Eigeninteresse geben, die Last steigender Ölpreise für die Dritte Welt nicht erdrückend werden zu lassen. Saudi-Arabien und die übrigen Golfstaaten dürften sich der Risiken in Gestalt politischer Veränderungen bewußt sein, die bei einer weiteren Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks in anderen Ländern ihrer Region auf sie selbst ausstrahlen können.

Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Berlin (West) erforderlich

Im Jahresdurchschnitt 1981 ist in Berlin (West) bei einem wahrscheinlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 1 vH sowie einer Zunahme des heimischen Erwerbspersonenpotentials¹ mit deutlich höheren Arbeitslosenzahlen zu rechnen als im Vorjahr. Wie stark der Anstieg ist, zeigt sich am jüngsten Ergebnis: Im Mai war die Zahl der Arbeitslosen mit 42 800 um 9 800 höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote betrug 5,4 vH (Vorjahr 4,1 vH). Wegen des fortdauernden Eintritts starker Geburtenjahrgänge in das Erwerbsleben ist bis zur Mitte der achtziger Jahre keine Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

Regionalen konjunkturpolitischen Maßnahmen als Mittel einer durchgreifenden Senkung des Niveaus der Arbeitslosigkeit sind in Berlin (West) wegen seiner starken wirtschaftlichen Verflechtung mit dem übrigen Bundesgebiet enge Grenzen gesetzt. Eine gezielte Politik gegen strukturelle Arbeitslosigkeit verspricht indes durchaus Erfolg; sie müßte intensiviert werden. Durch geeignete Fördermaßnahmen sollte das Qualifikationsniveau der Arbeitslosen und der Nachwuchskräfte verbessert werden. Darüber hinaus bedarf es einer extensiveren Nutzung der Eingliederungsbeihilfen für Schwerbehinderte und langfristig Arbeitslose. Durch ein vermehrtes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen könnte vor allem die Frauenarbeitslosigkeit vermindert werden.

Qualifikationsbedingte Arbeitslosigkeit

In Berlin (West) — ebenso wie in der Bundesrepublik — ist der Anteil Unqualifizierter² an den Arbeitslosen deutlich höher als der entsprechende Anteil an den Beschäftigten: Im September 1980 waren 62 vH aller Arbeitslosen nicht qualifiziert, dabei war der Anteil nicht qualifizierter arbeitsloser Frauen besonders hoch. Dagegen betrug der Anteil der Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im letzten Jahr etwa ein Drittel bis zwei Fünftel³. Unter Einschluß der übrigen nicht-selbstständig Beschäftigten (Beamte) ist dieser Anteil noch niedriger.

Schon hieraus, aber auch aus der Tatsache, daß qualifizierte Arbeitskräfte bessere Vermittlungschancen haben als unqualifizierte, ja daß sogar auch gegenwärtig über einen Mangel an Fachkräften in der Stadt geklagt wird, kann auf erhebliche Strukturdiscrepanzen am Arbeitsmarkt geschlossen werden.

Eine Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose, aber auch für das künftige Arbeitskräftepotential — den Nachwuchskräften — ist daher erforderlich.

In Berlin beträgt das Verhältnis der Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung zu den Arbeitslosen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt schon seit Jahren nur etwa zwei Drittel, im Dezember 1980 ergaben die Relationen sogar in Berlin 9 vH und im Bundesgebiet 16 vH. Diesen Rückstand gilt es wettzumachen, wenngleich zu bedenken ist, daß Fortbildungs- und

¹ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1981. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 11/1981.

² Arbeitslose, die zuletzt nicht als Facharbeiter oder gehobene Angestellte beschäftigt waren sowie sonstige Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

³ Schätzung nach Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin. Die Spannweite ergibt sich aus der Tatsache, daß in der Statistik für etwa ein Siebtel der Beschäftigten keine Angaben zur Ausbildung vorliegen.

Umschulungsmaßnahmen in erster Linie Arbeitslosen mit abgeschlossener Berufsausbildung vorbehalten sind. Arbeitslose ohne Berufsausbildung müssen hingegen in der Regel mindestens sechs Jahre vorher berufstätig gewesen sein⁴ und somit bereits einen hohen Grad beruflicher Integration aufweisen. Jüngere Arbeitslose ohne Berufsausbildung – und dies ist die vorrangige Problemgruppe – kommen damit kaum in den Genuß dieser Maßnahmen. Für sie ist eine berufliche Eingliederung zudem dann besonders schwer, wenn sie vorher keinen Hauptschulabschluß erreicht haben. Es ist zu vermuten, daß dieser Personenkreis verstärkt Hilfestellung auch zur sozialen Integration benötigt⁵, wozu häufig ein vermehrter Einsatz entsprechender Sozialarbeiter und Sozialpädagogen parallel zu speziellen berufsbildenden Maßnahmen notwendig wird. Diesen besonderen Berufsförderungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß ist daher neben dem Angebot „normaler“ Ausbildungsplätze hohe Priorität einzuräumen. Daher sollte die bereits vom Berufsamt – eine Einrichtung des Senators für Arbeit und Soziales – durchgeführte außerbetriebliche Berufsausbildung gerade für Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß weiter ausgebaut werden. Zu überlegen wäre auch, ob darüber hinaus ausbildungsbereiten privaten Betrieben besondere Zuschüsse für die Berufsausbildung von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß gezahlt werden könnten, wie dies bereits in einigen Bundesländern praktiziert wird⁶.

Neben diesen Maßnahmen im berufsbildenden Bereich, die schon kurzfristig verstärkt werden könnten, ist grundsätzlich eine Verbesserung der allgemeinen Schulbildung erforderlich, um den Kreis der Jugendlichen mit extrem schwacher Arbeitsmarktposition von vornherein klein zu halten. In Berlin hatten im Schuljahr 1978/79 fast 16 vH aller Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) keinen Hauptschulabschluß. Das Bundesland mit nächst höchster Quote war das Saarland mit knapp 12 vH; der Bundesdurchschnitt lag bei 8 vH. Noch ungünstiger waren die Verhältnisse in der Hauptschule allein: Hier betrugen die Mißerfolgsquoten im Schuljahr 1978/79 in Berlin nahezu 39 vH⁷, gefolgt von Hamburg mit fast 18 vH⁸. Die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß betrug in den letzten Jahren etwa 4 000, im Schuljahr 1979/80 noch rund 3 500 Personen⁹. Davon waren schätzungsweise ein Viertel bis ein Drittel Ausländer.

Die Ursachen der hohen Versagerquoten konnten hier nicht im einzelnen nachgewiesen werden, insbesondere nicht, ob sie stärker im pädagogischen, organisatorischen oder curricularen Bereich lagen und/oder ob etwa bevölkerungsstrukturelle Gründe ausschlaggebend waren. Hierüber wären vertiefende Untersuchungen als Voraussetzung für die Konzep-

tion langfristiger Detailmaßnahmen in diesem Bereich zu führen.

Angesichts des beklagten Facharbeitermangels mit der Folge von aufwendigen Fachkräftewerbungen im übrigen Bundesgebiet sowie der Tatsache, daß von Mitte der 80er Jahre an schwächere Jahrgänge in das betriebliche Berufsbildungssystem streben mit der Gefahr der Unterauslastung der dort geschaffenen Ausbildungskapazitäten, ist vor allem eine Verbesserung im Hauptschulbereich dringend geboten. Sie sollte sich nicht allein auf die Korrekturmaßnahmen der berufsbefähigenden Lehrgänge erstrecken. Eine solche Reform ist um so dringender, als der jetzt schon hohe Bestand jugendlicher Arbeitsloser – schätzungsweise drei Viertel aller registrierten und bisher beim Arbeitsamt noch nicht registrierten arbeitslosen Jugendlichen haben keinen Schulabschluß – ernste Probleme der Integration in das Erwerbsleben aufwirft.

Schwerbehinderte und längerfristig Arbeitslose¹⁰

Weitere Problemgruppen des Arbeitsmarktes sind Schwerbehinderte und längerfristig Arbeitslose: Der Anteil der Schwerbehinderten an den Arbeitslosen hat sich seit 1975 – dem Beginn der gegenwärtigen Phase hoher Arbeitslosigkeit – ständig erhöht: Bezogen auf deutsche Arbeitslose ist der Anteil von 9 vH im Jahre 1975 auf über 13 vH im Jahre 1980 gestiegen; die absolute Zahl hat sich dabei von 2 200 im Jahre 1975 auf 3 800 im Jahre 1980 um drei Viertel erhöht. Noch ausgeprägter ist der Anstieg des Anteils der längerfristig – d. h. mehr als 12 Monate – Arbeitslosen: Lag er im September 1975 bei 6 vH, so waren es im September 1980 fast 18 vH. Die absolute Zahl hat sich dabei mehr als verdreifacht (von 1 700 auf 5 400).

Möglichkeiten für eine Verbesserung der schlechten Arbeitsmarktchancen dieser Problemgruppen

⁴ Vgl. § 42 AFG.

⁵ Eine Untersuchung der Berufsstartprobleme lernbehinderter und lerngestörter Jugendlicher für das gesamte Bundesgebiet hat ergeben, daß überproportional viele dieser Jugendlichen aus Familien mit ungünstigen Sozialisationsbedingungen stammen. Vgl. P.-W. Kloas und H. Stenger: Berufsschüler ohne Berufschance? Schriften zur Berufsbildungsforschung. Band 60, Hannover 1980.

⁶ Vgl. P.-W. Kloas und H. Stenger, a.a.O., Übersicht 6/7, S. 134/135.

⁷ Für Berlin (West) liegen schon neuere Ergebnisse vor. Danach betrug diese Quote im Schuljahr 1979/80 noch knapp 27 vH (bei deutschen Hauptschulabgängern 18 vH, bei ausländischen 57 vH). Wegen der Einführung des 10. Vollzeitzpflichtschuljahres spiegeln die Zahlen jedoch eher zu günstige Verhältnisse wider.

⁸ Berechnet nach: Statistisches Bundesamt. Fachserie 11, Reihe 1, 1979.

⁹ Quelle: Senator für Schulwesen, Berlin. Diese Zahlen enthalten auch Abgänger aus Sonderschulen.

¹⁰ Quellen der Zahlenangaben: Landesarbeitsamt Berlin und Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

liegen zunächst in der Lohnsubventionierung nach § 54 Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Im Jahre 1980 wurde für 1 226 Personen — darunter 1184 Arbeitslose — Eingliederungsbeihilfe gezahlt. Auf den durchschnittlichen Arbeitslosenbestand bezogen waren das 3,5 vH, die entsprechende Relation im Bundesdurchschnitt betrug rund 7 vH. Dieses Instrument der Arbeitsmarktpolitik sollte in Berlin stärker genutzt werden, zumal darunter nur etwa 400 Geförderte mit gesundheitlichen Einschränkungen und rund 300 mit länger als 12 Monaten andauernder Arbeitslosigkeit waren, wobei sich die Merkmale teilweise noch überschneiden. Die Eingliederungsbeihilfen werden Arbeitgebern nur auf Antrag gewährt. Um zu vermeiden, daß dieser Zuschuß lediglich eine Lohnsubvention für informierte Arbeitgeber ist, sollte das Vermittlungsangebot für bestimmte Personengruppen stärker als bisher mit einer Antragsempfehlung an die Arbeitgeber verbunden werden. Dadurch würden die Vermittlungschancen für diesen Personenkreis von vornherein verbessert.

Auch die Fälle von Einarbeitungszuschüssen nach § 49 AFG — sie sind an eine berufliche Qualifizierung gebunden — haben bisher in Relation zu den Arbeitslosenzahlen geringes Gewicht: Im Jahr 1980 haben an Maßnahmen zur betrieblichen Einarbeitung etwa 1 000 Personen teilgenommen, davon dürften zwei Drittel bis drei Viertel vorher arbeitslos gewesen sein. Obwohl die Zahl der Begünstigten in den letzten Jahren stark zugenommen hat — 1977 gab es lediglich 20 Teilnehmer —, ist die Relation von Förderungsfällen zu Arbeitslosen mit 3 vH minimal. Wie die Eingliederungsbeihilfen sollten diese Leistungen stärker als bisher als Vermittlungshilfe in Form von ausdrücklichen Angeboten an potentielle Arbeitgeber eingesetzt werden.

Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) wurden in den vergangenen Jahren — betrachtet man die Zahl der Teilnehmer bezogen auf den Arbeitslosenbestand — in Berlin mit etwa doppelter Intensität wie im Bundesdurchschnitt durchgeführt. Dennoch hat sich die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer von etwa 4 000 im Jahre 1979 auf weniger als 3 000 im vergangenen Jahr verringert. Weil dieses Instrument gerade längerfristig Arbeitslosen eine Wiedereingliederung in das Arbeitsleben und in vielen Fällen auch darauf folgend in das reguläre Beschäftigungssystem ermöglicht, sollte in der gegenwärtigen Phase zunehmender Arbeitslosigkeit diese Förderung wieder verstärkt werden.

Alle drei vorgestellten Förderungssysteme unterliegen zwar grundsätzlich der Gefahr sogenannter „Mitnahmeeffekte“, also der Subventionierung eines Verhaltens, das auch ohne Förderung erwartet werden kann. Diese Gefahr ist jedoch bei den genannten Problemgruppen gering; vielmehr dürften die

positiven Wirkungen — vor allem bei längerfristig Arbeitslosen — überwiegen. Neben anderen, vor allem sozialpolitischen Effekten, wird nämlich tendenziell verhindert, daß ein zunehmender Teil von Erwerbspersonen den Kontakt zum Beschäftigungssystem verliert und damit eventuell endgültig nicht mehr vermittelbar wird. Dies muß auch vor dem Hintergrund gesehen werden, daß aus demographischen Gründen langfristig — mit einem Zeithorizont von 10 bis 20 Jahren — wieder allgemeine Arbeitskräfteknappheit zu erwarten ist.

Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern

Während im Bundesdurchschnitt die Arbeitslosenquote von Frauen deutlich über der von Männern liegt, waren in Berlin (West) beide in den letzten Jahren nahezu gleich hoch. Ungünstiger als im Bundesgebiet stellt sich die Frauenarbeitslosigkeit in Berlin (West) jedoch dann dar, wenn man ihre Dauer betrachtet: Im September 1980 waren in Berlin 20 vH aller arbeitslosen Frauen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, bei den Männern waren es 16 vH. Im Bundesgebiet betrugen die Vergleichszahlen für Frauen 16 vH und für Männer 18 vH. Am stärksten betroffen von längerer Arbeitslosigkeit waren Ende September 1980 in Berlin Frauen in der Berufsordnung Elektrogeräte-, Elektroteilemontierer. Hier waren fast 40 vH länger als 12 Monate ohne Arbeit. Aber auch bei Metallarbeiterinnen, Verpackerinnen und Bürohilfskräften betrugen die Anteile über 30 vH. Nur gering betroffen waren Sozialarbeiterinnen, weibliche Sozialpädagogen und Kindergärtnerinnen mit Anteilen um 5 vH.

Die Arbeitslosigkeit in Elektro- und Verpackungsberufen ist in erster Linie auf strukturelle Wandlungsprozesse, d. h. auf ein Schrumpfen oder Mechanisieren der entsprechenden Produktion zurückzuführen. Hier empfiehlt sich somit eine Konzentration auf Umschulungs- und Einarbeitungsmaßnahmen in andere Berufe. Dagegen könnten bei Bürohilfskräften Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Entlastung bewirken.

Weil Teilzeitarbeitslosigkeit hauptsächlich Frauen betrifft — in Berlin wie im Bundesdurchschnitt sind rund 98 vH aller Teilzeitarbeitslosen weiblich —, kann dem Problem der Frauenarbeitslosigkeit zusätzlich durch ein verstärktes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen begegnet werden. Als gezielte Maßnahme bietet sich die Vermittlung mehrerer Arbeitskräfte auf einem Arbeitsplatz im Rahmen des „job sharing“ an. Diese überwiegend organisatorisch zu bewältigende Maßnahme ist weitgehend kostenneutral und bringt in vielen Fällen sogar Produktivitätsvorteile. Wenn dennoch Einstellungshemmnisse festgestellt werden — etwa wegen doppelter Einarbeitungskosten —, sollten gegebenenfalls gezielt Zuschüsse hierfür gewährt werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975** — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von Reiner Stäglich unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung** — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Gösseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.
- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,—.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglich, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,—.
- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,—.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglich, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,—.
- Heft 62 **Berechnung des Industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Jochen Bethkenhagen

Entwicklungspolitik weltweit in der Flaute? Bearbeitet von Siegfried Schultz

Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Berlin (West) erforderlich. Bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 38.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.